

Zu Medienberichten über die Arbeit von Frau Dr. Sudhof:

- **Der „Bericht“ von Frau Sudhof ist parteipolitisch motiviert:** Er wurde zu Ampel-Zeiten von einem Ampel-Minister an die politische Beamtin und ehemalige SPD-Staatssekretärin Frau Sudhof vergeben mit dem klaren Ziel, der Union und Jens Spahn im Wahlkampf zu schaden (dass die Wahl vorgezogen würde, war noch nicht absehbar). Alles, was bisher öffentlich bekannt wurde, ist voller persönlicher Wertungen, eine objektive Methodik nicht erkennbar. Dass er jetzt bruchstückhaft und politisch motiviert durchgestochen wird, belegt dies.
- **Die Kritik wird der damaligen Notlage nicht gerecht:** Die ganze Welt hat mit Corona eine Jahrhundertkrise erlebt. Pflegekräfte, Ärzte und Bürger waren dringend auf Masken angewiesen. In so einer Situation kann ein Gesundheitsminister entweder Bürokrat oder Krisenmanager sein. Jens Spahn hat in dieser größten Not schwierige Entscheidungen getroffen und gehandelt. Das war entscheidend bei der Bekämpfung der Pandemie.
- **Es liegt kein neuer Sachstand vor:** Im Wesentlichen geht es um Kritikpunkte, die bereits vor Jahren vom Bundesrechnungshof vorgetragen wurden. Jens Spahn hat dazu mehrfach im Bundestag, im Haushaltsausschuss und in den Medien Stellung genommen. Dass der Handlungsdruck und die internationale Konkurrenzsituation auch zu Fehleinschätzungen des Marktes geführt haben, hat er bereits mehrfach öffentlich gesagt.
- **Es findet keine Geheimhaltung statt:** Das BMG unter Ministerin Warken hat angekündigt die Arbeitsergebnisse der Sonderbeauftragten Dr. Sudhof in einen Bericht an den Haushaltsausschuss einfließen zu lassen. Das hätte eigentlich schon in der letzten Legislaturperiode passieren sollen, wurde aber von der Ampel-Regierung versäumt. Dass das BMG darauf verweist, das Arbeitsergebnis vor einer Herausgabe bewerten zu wollen, um aktuell laufende Rechtsstreite nicht zu gefährden, ist im Sinne des Steuerzahlers.
- **Selbst die Ampel war unserer Meinung:** Noch am 6. September 2024 antwortete die letzte Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (Drs. 20/12863)¹, Steuermittel seien in der Pandemie und auch bei der Beschaffung von Schutzmasken verantwortungsvoll eingesetzt worden. Die nun erhobenen Vorwürfe widersprechen damit einer Einschätzung, die zwei Bundesregierungen fünf Jahre lang unter Einbindung verschiedener Ressorts durchgängig vertreten haben.
- **Die Vorwürfe mutwilliger Überbeschaffungen und unrechtmäßiger Auftragsvergaben sind haltlos:** Das Open-house-Verfahren war transparent und offen für jeden. Das wird auch in den laufenden Gerichtsverfahren seitens des BMG nicht in Frage gestellt.² Das Open-House Verfahren ist das genaue Gegenteil von der Bevorzugung einzelner Anbieter. Wer entsprechende Absichten hätte, würde darauf nicht zurückgreifen.
- **Die zentrale Frage lassen die Kritiker offen:** Warum sollten Minister und BMG bewusst zu teuer und zu viel beschafft haben? Diese Frage, die die Grünen mit Geirane zu überdecken versuchen, entlarvt sie selbst.

¹ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012863.pdf>

² <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/lauterbach-trifft-vorsorge-fuer-teure-maskenurteile-35037066.html>

- **Kein Interesse an einer objektiven Aufarbeitung:** Der Fokus der aktuellen Kritik liegt allein auf der Beschaffung von Schutzausrüstung. Es geht erkennbar darum, das frühe Pandemiemanagement zu diskreditieren und parteipolitisch zu instrumentalisieren. Die Beschaffung von Impfstoffen und insbesondere die hektischen Nachbestellungen in Milliardenhöhe durch den ehemaligen Minister Karl Lauterbach wurden beispielsweise ebenso wenig untersucht wie die umstrittene Vergabe von Pandemieleistungen an die SPD-nahe Agentur brinkertlück³. Einer Aufarbeitung, die in der Breite Lehren ziehen will, wie wir sie mit der Enquete-Kommission anstreben, wird dem nicht gerecht.

Rückblick / Umstand der Maskenbeschaffung:

- **Die Krisen-Beschaffungen waren keine „Maskendeals“:** Im Frühjahr 2020 explodierte die weltweite Masken-Nachfrage. China, damals Hersteller von etwa 80 Prozent des weltweiten Maskenbedarfs, war im Lockdown und hatte den Export zu Gunsten des eigenen Bedarfs weitestgehend gestoppt. Es war nicht abzusehen, ob und wann Exporte aus China wieder getätigt werden können.
- Die ganze Welt begann unter Hochdruck Schutzmasken zu kaufen. „Innerhalb weniger Tage kletterte damit der **Einkaufspreis von FFP2-Atmungschutzmasken um 3.000 Prozent - von 0,45 Euro auf 13,52 Euro.**“⁴ Teilweise wurden fertige Lieferungen auf den Flughäfen entwendet.
- **Die medizinische Versorgungssicherheit war bedroht:** Krankenhäuser drohten aufgrund fehlender Schutzausrüstung schließen zu müssen, Praxen wurden aufgrund des Mangels teilweise geschlossen. So äußerte die Ärztevereinigung Hartmannbund: *„Schon aus Verantwortung für die Gesundheit des medizinischen Personals und der uns anvertrauten Patienten rufen wir aufgrund der sehr hohen Ansteckungsgefahr zur sofortigen Einstellung der Tätigkeit in Praxis und Klinik ohne entsprechende Schutzausrüstung auf.“*⁵
- **Karl Lauterbach damals:** *„Ich glaube, dass der Weltmarkt für diese Produkte in wenigen Wochen zusammenbrechen könnte.“*⁶
- BfArM und RKI haben Empfehlungen für die Erhitzung zur mehrfachen Verwendung von Einmal(!)-Schutzmasken entwickelt; Bürger haben Schutzmasken zum Teil selber nähen müssen, was die dramatische Not verdeutlicht.
- NRW-Sozialminister Karl-Josef-Laumann 2021: *„Wer nach der Pandemie nicht den Rechnungshof ‚am Arsch‘ hat, der hat alles verkehrt gemacht.“*

Kritik am Open-House-Verfahren:

- **Das sogenannte Open-House-Verfahren war nur einer von vier Wegen der Maskenbeschaffung.**
- Zugleich war es in einer akuten Notlage Ausdruck von Anstrengungen, keinen Weg für die Sicherung von Masken für Menschen in Deutschland ungenutzt zu lassen.

³ <https://meedia.de/news/beitrag/12713-kluengel-vorwurf-um-corona-impfkampagne-schwelt-weiter.html>

⁴ <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/masken-coronavirus-101.html>

⁵ <https://www.hartmannbund.de/presse-media/presse/mueller-ohne-lieferungen-muessen-wir-dicht-machen/>

⁶ <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-betrug-schutz-masken-kriminalitaet-1.4861095>

- **Ziel war, die in Deutschland und Europa noch verfügbaren Schutzmaskenbestände zu aktivieren.** Die bekannten Schwierigkeiten von Lieferungen aus China zu vermeiden; dieses Ziel rechtfertigte den Preis. In der Abwägung hatte die Abwehr von Risiken für Leib und Leben Vorrang vor der Vermeidung finanzieller Risiken.
- **Es ließ sich zu diesem Zeitpunkt nicht absehen, ob überhaupt nennenswerte Angebote eingehen würden.** Vielfach wurde davon ausgegangen, dass es gar keine (!) Angebote geben würde.
- 2020 wurden über das Open-House-Verfahren ca. 580 Mio. FFP2 und 475 Mio. medizinische Einwegmasken beschafft, im Grunde nur ein kleiner Teil der insgesamt beschafften Menge.⁷

Kritik an Menge und Preise für Beschaffung:

- **Die Kritik, der Bund habe weit überdurchschnittliche Preise gezahlt, ist falsch.** Das BMG hat insgesamt ca. 5,7 Milliarden Masken für insgesamt ca. 5,9 Milliarden Euro beschafft. **Der Durchschnittspreis lag damit unter 1 Euro.** FFP2-Masken wurden am Markt phasenweise für 35 Euro (!) / Stück gehandelt.
- **Internationaler Vergleich:** Großbritannien hat 18 Milliarden Pfund (rund 21 Mrd. Euro) für Masken ausgegeben.⁸
- **Die beschaffte Menge war eine sinnvolle Vorsorge:** Bei ca. 5,5 Mio. Beschäftigten im Gesundheitswesen würden bei nur 2 Masken/Tag jährlich ca. 4 Milliarden Masken benötigt. 4 Mrd. Masken allein nur für das Gesundheitswesen!
- **Es gab keine Überbeschaffung.** Eine professionell erstellte Bedarfsanalyse lag vor und diese wurde auch im Nachgang mehrfach evaluiert. Auf den Wegen der Notbeschaffung wurden nur ca. 2,6 Mrd. Masken beschafft. Weitere 2,3 Mrd. Masken wurden in einem gemeinsamen Projekt mit dem BMWK nach einer ordentlichen Vergabe beschafft mit dem Ziel, eine Masken-Produktion in Deutschland aufzubauen. 2,3 Mrd. Masken wurden also in Deutschland direkt von deutschen Produzenten beschafft.
- **Die hohen Einkaufspreise (z.B. 4,83 € Einkaufspreis/FFP2-Maske mit Stand 18.3.2020) wurden von den Chefs der Staatskanzleien aller 16 Bundesländer mit Beschluss vom 29. März 2020 bestätigt.** Das BMG hat damals eine Marktanalyse erstellt. Die Preise waren demzufolge marktüblich und konditionsangemessen. Auch dies wurde mehrfach in Antworten der Bundesregierung auf Anfragen aus dem Bundestag öffentlich ausgeführt.

Kritik an der Beauftragung von Fiege:

- **Dazu nahm die Parlamentarischen Staatssekretärin Sabine Weiss am 28. September 2020 bereits wie folgt Stellung:**
- „Die Beauftragung des Logistikdienstleisters FIEGE Logistik Stiftung & Co. KG (FIEGE) erfolgte in einem Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb. Dies war erforderlich, da die Beauftragung äußerst dringlich im Sinne von § 14 Absatz 4 Nummer 3 der Vergabeverordnung (VgV) war. Das Verfahren war Ausdruck eines in der

⁷https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronavirus/Beschaffungstab/2_Bericht_Beschaffungstab_100420.pdf

⁸ <https://www.dailymail.co.uk/news/article-8959889/The-18bn-coronavirus-PPE-fiasco.html>

akuten Situation außergewöhnlich großen Handlungsdrucks. Aufbauend auf Vorüberlegungen innerhalb der Bundesregierung – zum Beispiel in der 7. Sitzung des gemeinsamen Krisenstabs des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) und des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) – zur dringlich notwendigen Vergabe von Logistikdienstleistungen wurde nach Abwägung verschiedener Optionen FIEGE beauftragt, weil dieses Unternehmen über besondere Expertise in der Logistik von Medizinprodukten und Arzneimitteln verfügt. Dem BMG war bekannt, dass das im Februar 2020 veröffentlichte, speziell auf Gesundheitsgüter zugeschnittene Logistikkonzept von FIEGE bereits erfolgreich am Standort in Nesselapfelstädt implementiert war und daher die zwingend erforderliche sofortige Inanspruchnahme ermöglichte. Das Konzept umfasste besondere Sicherheits-, Qualitäts-, Hygiene- und Gesundheitsvorkehrungen, um die Abwicklungen und Warenausgänge von kritischen Gütern schnell, sicher und flexibel zu gewährleisten. Zudem verfügte FIEGE als international tätiger Logistiker über Personal und Arbeitsstrukturen in der Volksrepublik China.“⁹

- **Die Notwendigkeit, Logistiker zu beauftragen, erwuchs weil die Beschaffungsämter des Bundes überfordert waren.** Auftragsvergaben des Bundes fanden damals regelhaft ohne monatelange Ausschreibung statt, der Krisenstab der Bundesregierung hat im März 2020 die vergaberechtliche Dringlichkeit festgestellt. Neben Fiege wurden kurz danach auch DB Schenker und DHL beauftragt.
- **Fiege ist ein erfahrener Logistiker, der damals ein fertiges Pandemie-Konzept vorlegen und sofort starten konnte.** Anders als häufig behauptet, hat das Unternehmen keinen Sitz im Wahlkreis von Jens Spahn.
- **Falsch ist auch die Darstellung, Fiege habe einen 1,5 Milliarden-Auftrag erhalten.** Fiege hat für diese Summe im Auftrag des Bundes Masken beschafft und die entsprechenden Kosten zzgl. marktüblicher 3 Prozent für die Abwicklung erstattet bekommen.
- **Die nun kolportierten Bedenken aus dem BMI waren damals kein Thema.** Es ist davon auszugehen, dass es sich dabei um Einzelmeinungen handelt, die jetzt an die Öffentlichkeit getragen werden. Das Coronakabinett, bestehend aus BKAmT, BMI, BMJ, BMF, BMWi und BMG hat alle Vorgänge damals eng abgestimmt.

⁹ <https://dserver.bundestag.de/btd/19/230/1923047.pdf>